



PRESSE CLUB NÜRNBERG

Ein Minister mit klarer Kante von Julian Hörndlein

Er ist ein bayerisches Polit-Urgestein und scheut sich nicht vor dem Konfrontationskurs. Joachim Herrmann, bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, hat den Presseclub Nürnberg besucht und dabei im Gespräch mit Moderator Alexander Jungkunz und dem Publikum vor Ort sowie online die Sicht eines Innenministers zwischen Corona-Krise, Klimaaktivisten, „Reichsbürgern“ und mehr dargestellt.

Hinter Herrmann liegen arbeitsreiche Wochen: Im Dezember hatte es deutschlandweit Razzien gegen die sogenannte Reichsbürger-Bewegung gegeben. Auch im Freistaat hatten Polizei und Sondereinsatzkräfte die Wohnung von Verdächtigen durchsucht und auch Personen verhaftet. Außerdem hatten im Herbst und Winter immer wieder Aktivisten für mehr Klimaschutz demonstriert, indem sie sich auf Autobahnen und sogar auf die Rollbahn des Münchner Flughafens geklebt hatten. Die Diskussion hat mit der polizeilichen Räumung des Protestcamps Lützerath in Nordrhein-Westfalen neu an Fahrt aufgenommen. Auch Bayern hat für die Aktion mehrere Hundertschaften an den Tagebau geschickt. Was er von diesem Protest hält, macht Herrmann deutlich klar: „Wenn sich jeder so aufführt, dann haben wir in kürzester Zeit einen Bürgerkrieg“, sagt er. Die Menschen in Bayern müssten sich an die Gesetze halten, seine Leitlinie sei eindeutig: Die Aktivistinnen und Aktivisten sollen festgesetzt werden, sodass die Staatsanwaltschaft die Personalien aufnehmen und ein Strafverfahren einleiten kann. Mit Blick auf die Klimakleber geht er sogar einen Schritt weiter: „Das ist der Anfang vom Ende der Demokratie“, so der Politiker. Zwar handele es sich bei den Aktionen der „Letzten Generation“ nicht um Schwerverbrechen, trotzdem müssten die Taten konsequent verfolgt werden.

Der Grund für diese Gangart liegt für Herrmann auch in der Prävention. Das gelte nicht nur für Klimaaktivismus, sondern auch für andere Vorfälle, etwa die Silvester-Randalen in Berlin. Zwar besitze die Mehrheit der Festgenommenen die deutsche Staatsbürgerschaft, Herrmann identifiziert jedoch verstärkt einen Mangel an Integration bei einigen Personen. Die deutschen Spielregeln müssten akzeptiert werden, wenn man in Deutschland lebe. „Es geht nicht darum, eine bestimmte Bevölkerungsgruppe als kriminell darzustellen“, meint Herrmann.

Als Bestätigung für seine Arbeit zieht der Politiker den Vergleich mit der Bundeshauptstadt. In Berlin gebe es verglichen mit München oder Nürnberg deutlich höhere Straftatzahlen pro 100.000 Einwohner. „Es gibt in Nürnberg keine Straße, wo sich die Polizei nachts nicht mehr hin traut.“

Eine Gefahr sieht Herrmann in der „Reichsbürger“-Szene, aus der pro Jahr immer größere Personenzahlen bekannt werden. „Wer mit Schusswaffen auf Polizisten schießt, meint es offenbar sehr ernst.“ Jede Person, die im öffentlichen Dienst tätig ist und in Verbindung zu der Szene stehe, müsse entlassen werden. Früher seien

Vorstand: Vorsitzender: Dr. Siegfried Zelnhefer · stv. Vorsitzende: Kerstin Dornbach · Schatzmeister/Schriftführer: Dieter Barth

Besitzer: Alexandra Haderlein · Heinz-Joachim Hauck · Alexander Jungkunz · Günther Moosberger · Stephan Sohr

Geschäftsstelle: Glogauer Straße 70 · 90473 Nürnberg · Telefon 09 11/80 04-2 00 · gs-presseclub-nuernberg@odn.de

Clubräume: Marmorsaal NÜRNBERGER Akademie · Gewerbemuseumsplatz 2 · 90403 Nürnberg · Telefon 09 11/2 14 55-0 · Telefax 09 11/2 14 55-22 · presse-club-nuernberg@odn.de

Bankverbindung: Sparkasse Nürnberg · IBAN DE08 7605 0101 0001 1490 49 · SWIFT-BIC SSKNDE77 · **Steuer-Nummer:** 241/110/20341

Internet: www.forum-deutscher-presseclubs.de · www.presseclubs-in-bayern.de · www.presseclub-nuernberg.de

Reichsbürger auch von den Mitarbeitern der Verwaltung häufig als Spinner abgetan worden, tatsächlich aber würden viele den Staat verändern wollen.

Im Gespräch mit dem Publikum im Marmorsaal kam Herrmann noch auf das Thema Sport zu sprechen, das im Freistaat ebenfalls in sein Ressort fällt. Fußballvereinen die Polizeirechnung im Falle von Ausschreitungen zu stellen – so praktiziert in der Hansestadt Bremen – werde es in Bayern nicht geben. Auch das von der Schwesterpartei CDU in Berlin vorgeschlagene Ansinnen, den Vornamen von Straftätern zu veröffentlichen, sieht Herrmann kritisch: „Ich glaube nicht, dass wir die Sicherheitsprobleme lösen, indem wir Vornamen veröffentlichen.“

Klar ist seine Haltung bei der Polarisierung der Gesellschaft, die er als ernstzunehmendes Feld betrachtet. Situationen wie in den USA – wo die Feindschaft zwischen den beiden großen Parteien bisweilen sehr ausgeprägt ist – dürfe es in Deutschland nicht geben. „Alle demokratischen Parteien müssen bereit sein, miteinander zu reden“, meint er. Das gelte im Großen wie im Kleinen: Die Gesellschaft müsse offen sein für andere Meinungen und Argumente.